

## Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung  
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 3 – 26. Jg.

Mitteilungsblatt

Dezember 2020

Zu dieser Ausgabe:

Wir gedenken unserer verstorbenen Genossen und Historikerkollegen Martin Seckendorf und Alfred Kosing, die seit vielen Jahrzehnten gewichtige Beiträge zur Analyse und Entlarvung des deutschen Imperialismus, Militarismus und Faschismus, ihrer Politik und Ideologie leisteten, insbesondere auch in den letzten Jahrzehnten aktiv an der Auseinandersetzung mit der Rechtsentwicklung der BRD, ihren gesellschaftsgeschichtlichen Wurzeln und demagogischen Verschleierungen teilnahmen.

Auch die Beiträge dieser Ausgabe sind Problemen und Zusammenhängen gewidmet, die – obwohl historisch-konkret Jahrzehnte zurückliegend – in den politisch-geistigen Auseinandersetzungen unserer Tage höchst lebendig sind. *Anton Latzo* („Die Befreiung der Völker – eine historische Tat“) beleuchtet gesellschaftliche Träger, politische Konzepte und ideologische Verhüllungen der deutschen imperialistischen Aggression des 20. Jahrhunderts und deren Scheitern am frühen, noch unvollkommenen, aber dennoch höchst realen Sozialismus des 20. Jahrhunderts. *Siegfried Prokop* („Die Volkskammerwahlen am 18. März 1990 – Ursachen und Folgen“) lenkt den Blick auf die Wechselwirkung innerer und äußerer Faktoren des Niedergangs und Zusammenbruchs des *europäischen Früh-Sozialismus*.

Ferner äußern wir uns zur Gestaltung der Tätigkeit des Arbeitskreises im Jahre 2021. Die nächste Nummer der *Geschichtskorrespondenz* erscheint voraussichtlich im Februar 2021.

Heinz Karl

*Inhaltsverzeichnis*

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Anton Latzo Die Befreiung der Völker – eine historische Tat	S. 3
Prof. Dr. Siegfried Prokop Die Volkskammerwahlen am 18. März 1990 – Ursachen und Folgen	S. 8
Zur Gestaltung der Tätigkeit des Arbeitskreises im Jahre 2021	S. 14

---

Impressum: Die *Geschichtskorrespondenz* erscheint in der Regel vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos per E-Mail zur Verfügung gestellt.

E-Mail: [marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de](mailto:marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de)

Neue Interessenten teilen bitte ihre (bzw. eine von ihnen zu nutzende) E-Mail-Adresse entweder per Mail an die obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der Kontaktadressen mit.

Die *Geschichtskorrespondenz* kann unter

[www.die-linke.de/geschichtskorrepondenz](http://www.die-linke.de/geschichtskorrepondenz)

im Internet abgerufen werden.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)  
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800 962 148

Prof. Dr. Anton Latzo  
Die Befreiung der Völker - eine historische Tat\*

Auch 75 Jahre nach dem Sieg über den Faschismus wird die Verwurzelung der imperialistischen Expansions- und Kriegspolitik in den monopolistischen Produktionsverhältnissen negiert, die historische Hauptverantwortung des deutschen Imperialismus sowohl für die Entstehung als auch für den zerstörerischen Verlauf des Krieges geleugnet oder auf eine fehlerhafte Politik beschränkt. Es wird die im Imperialismus wurzelnde Kontinuität des Expansionsstrebens des deutschen Imperialismus als unzutreffend hingestellt bzw. negiert.

### Es war kein Zufall

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts wurde als „die nächste Frage unserer Diplomatie“ Deutschland die Aufgabe gestellt, „alle Staaten West- und Mitteleuropas zu einem gemeinsamen Unternehmen gegen Russland zu vereinigen“.<sup>1/</sup> Die Forderung beinhaltete von Anfang an: wirtschaftliche und politische Expansion.

Dazu entwickelte Friedrich Ratzel zu gleicher Zeit den Begriff vom Lebensraum, dessen Schaffung er als permanenten Kampf definierte. Der Kompass der Germanen zeige nach dem Osten! Die Forderung diene als Argument zur Rechtfertigung der (territorialen) Expansionsbestrebungen. Das Interesse des deutschen Monopolkapitals und seiner Regierungen an einer „Zerlegung“ von Staaten in Ost- und Südosteuropa, die die deutsche Vorherrschaft ermöglichen und garantieren sollte (und soll), hat also eine lange Tradition und wurde in Vorbereitung des zweiten Weltkrieges in Praxis umgesetzt.

Der Versuch des deutschen Imperialismus, mit militärischen Mitteln im ersten Weltkrieg die Herrschaft in Europa zu erlangen, scheiterte. Während der Weimarer Republik wurden die Expansionsbestrebungen ökonomisch zum „Großraum“ und politisch zu „Europa“ erweitert. Afrika und Asien waren als „Ergänzungsräume“ eingestuft. Hjalmar Schacht, Reichsbankpräsident, Wirtschaftsminister und Wegbereiter des Faschismus in Deutschland, in Nürnberg als Kriegsverbrecher angeklagt, aber freigesprochen, der bis zu seinem Tode in der BRD lebte und wirkte, stellte am 7. 12. 1930 die Forderung auf: „Gebt dem deutschen Volk wieder Lebensraum in der Welt“. Und Reichskanzler Heinrich Brüning sprach am 8. Juli 1930 bei der Formulierung der Antwort auf den Europaplan von Aristide Briand davon, dass Deutschland ausreichend Lebensraum brauche: „Seine Voraussetzungen für eine gerechte und dauerhafte Ordnung Europas, in dem Deutschland seinen ausreichenden natürlichen Lebensraum haben müsse, seien klarzulegen.“<sup>2/</sup> Bei so viel Übereinstimmung zwischen Wirtschaft/Banken und Politik bedurfte es nur noch eines Ausführenden.

### Faschisten als Vollstrecker

Schon Mitte der 1920er Jahre entwickelte Hitler in seinem „Mein Kampf“ in einem besonderen Kapitel über Ostpolitik ausführlich seine Lebensraumpläne und bot sich als Vollstrecker des deutschen Monopolkapitals an. Er rief auf, dem deutschen Volk „den ihm gebührenden Grund und Boden auf dieser Erde zu sichern“. „Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrzehnten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm untertanen Randstaaten denken.“

Wichtig dürfte auch sein, daran zu erinnern, dass weite Teile der deutschen Bevölkerung sich in diese Zielsetzung einbinden ließen! Um möglichst viele skeptische Deutsche in das Expansionsprogramm zu integrieren, wurde die „Neuordnung“ Europas als besondere deutsche Verpflichtung dargestellt, der Deutschland gezwungenermaßen nachkommen müsse. Die „Neuordnung Europas“ diene ausschließlich dem Frieden. In einer Beratung zum Thema „Der Krieg im Osten“ am 16.07.1941 mit Rosenberg, Lammers, Keitel, Göring sagte Hitler laut Protokoll:

„Wesentlich sei es nun, dass wir unsere Zielsetzung nicht vor der ganzen Welt bekanntgeben“. „Wir werden also wieder betonen, dass wir gezwungen waren, ein Gebiet zu besetzen, zu ordnen und zu sichern; im Interesse der Landeseinwohner müßten wir für Ruhe, Ernährung, Verkehr usw. usw. sorgen; deshalb unsere Regelung. Es soll also nicht erkennbar sein, dass sich damit eine endgültige Regelung anbahnt! Alle notwendigen Maßnahmen – Erschießen, Aussiedeln etc. – tun wir trotzdem und können wir trotzdem tun. ... wir tun also so, als ob wir ein Mandat ausüben wollten. ... wir betonen, dass wir die Bringer der Freiheit wären. ... immer müssen wir als Schützer des Rechts und der Bevölkerung vorgehen.“/3/

Mit erhöhter Demagogie und unverhüllter militärischer Macht stellte sich das faschistische Deutschland in die Kontinuität der Ostpolitik des deutschen Imperialismus. Der Weg, der zur Beseitigung der Sowjetunion führte, konnte aber nur über die Einverleibung der dazwischen liegenden Staaten führen. Im Konzept des deutschen Imperialismus war das Schicksal dieser Staaten also schon immer mit der Politik Deutschlands gegenüber der Sowjetunion bzw. Russland verbunden! Immer wieder war es so, dass von deutscher Seite zur militärischen Intervention gegriffen wurde, wenn die Ziele auf „friedlicher Basis“ nicht mehr zu verwirklichen waren! Auch im 2. Weltkrieg mussten die Völker der besetzten Länder die Erfahrung machen, dass die „Neuordnung Europas“ in Wirklichkeit bedeutete,

- \* direkte Annexion ehemals souveräner Staaten,
- \* die Errichtung reaktionärer, terroristischer Regime in den okkupierten Ländern,
- \* und die Schaffung von Vasallenstaaten mit totalitären Regierungen.

Die historischen Erfahrungen besagen: Die Völker in Ost und Südosteuropa konnten dann in Frieden leben, wenn sie an der Seite Russlands bzw. der Sowjetunion, auf der Grundlage ihrer Zugehörigkeit zum europäischen Osten dafür kämpften, ihr Schicksal als selbständige und souveräne Staaten zu gestalten. Das hat etwas mit geographischen Faktoren zu tun. Es ist aber vor allem auf die Bedingungen zurückzuführen, die sich aus dem sozial-ökonomischen Entwicklungsstand der Länder ergeben.

### **Befreiung durch Kampf im Bündnis mit der Sowjetunion**

Nach harten und verlustreichen Kämpfen konnte die Sowjetarmee nach anfänglichen Niederlagen zur Gegenoffensive übergehen. Ihr Sieg bei Stalingrad leitete den grundlegenden Umschwung ein. Er machte deutlich, dass sich das militärische und wirtschaftliche Kräfteverhältnis zugunsten der von der Sowjetunion geführten Antihitlerkoalition geändert hatte.

Auch für die Völker der vom Faschismus besetzten Länder entstanden günstige Bedingungen, um das Kriegsverhalten der Regierungen ihrer Staaten zu verändern. Auch in den Ländern entstanden günstigere Bedingungen für die Entwicklung des Befreiungskampfes. Die der Politik der Faschisten ergebenden Regierungen waren aufgrund des Drucks der Realitäten des Krieges gezwungen, neue Überlegungen für ihr Verhalten im Kriege anzustellen.

Die Befreiungskräfte konnten unmittelbar an die Positionen anknüpfen, die die Sowjetunion von Anfang an vertrat:

- \* Befreiung der von der Naziwehrmacht zeitweilig besetzten Gebiete der Sowjetunion,
- \* Unterstützung der Völker Europas in ihrem Kampf gegen die faschistische Versklavung,
- \* vollständige und endgültige Vernichtung des deutschen Faschismus und Militarismus, der Hauptkraft der internationalen Reaktion,
- \* Schaffung von Voraussetzungen für die friedliche, freie und fortschrittliche Entwicklung der Völker.

Diese Gemeinsamkeit der Interessen war ein wichtiger Faktor für den weiteren Verlauf des Befreiungskampfes. Die Befreiungskräfte konnten die Bedingungen nutzen, um ihre Wirksamkeit zu erweitern. Der Zweite Weltkrieg wurde zum Kampf der Völker gegen die Hauptstoßkräfte der imperialistischen Reaktion. Seine Geschichte ist nicht nur die Geschichte militärischer Operationen. Die Völker konnten den gewaltigsten Befreiungskrieg ihrer Geschichte entfalten.

Die erfolgreichen Kämpfe der Roten Armee im Winter 1942/43 wirkten sich auch auf die innen- und

außenpolitische Lage des faschistischen Deutschland aus. Der Kriegsblock der faschistischen Staaten begann zu bröckeln. Japan und die Türkei traten nicht, wie beabsichtigt, in den Krieg gegen die Sowjetunion ein. In Finnland, Italien, Rumänien und Ungarn entwickelte sich eine angespannte innenpolitische Lage. In den Ländern wuchs die Überzeugung, dass die Niederlage des faschistischen Deutschland unvermeidlich geworden ist, dass die nationalen Interessen der einzelnen Länder am besten an der Seite der Antihitlerkoalition und nicht gegen sie und die UdSSR wahrzunehmen ist. Das führte zu einem Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegungen in Albanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, den Niederlanden, Norwegen, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und Ungarn.

entstanden gut organisierte Partisaneneinheiten, die sich in einigen Ländern zu Volksbefreiungsarmeen entwickelten. Die Einsicht in die Notwendigkeit des Kampfes gegen die faschistischen Okkupanten und gegen die mit ihnen verbundene Reaktion verbreitete sich immer mehr. Von Bedeutung war auch, dass sich diese Entwicklungen in Übereinstimmung mit dem Willen und den Zielen der Antihitlerkoalition, besonders der Sowjetunion, vollzogen.

Auf Initiative der kommunistischen Parteien wurden einheitliche nationale Organisationen und Zentren zur Leitung des antifaschistischen Kampfes, in denen sich breite Kreise der Bevölkerung zusammenfanden, geschaffen. Die kommunistischen Parteien entwickelten die klarsten Vorstellungen und wurden durch ihren opfervollen Kampf auf dieser Grundlage zur anerkannten politischen Kraft in nationalem Maßstab.

In Polen entstand in der Neujahrsnacht 1943/44 der Landesnationalrat als Führungszentrum zur Vereinigung und Mobilisierung aller Kräfte des Volkes gegen die Okkupanten, zu dem die Polnische Arbeiterpartei, der linke Flügel der Polnischen Sozialistischen Partei, Gewerkschaften, Jugendbund, Bauernorganisation „Volkswille“ u.a. gehörten. Die illegal operierende Volksarmee erhielt den Auftrag, mit allen Mitteln die Sowjetarmee zu unterstützen. Es wurde ein antifaschistisch-demokratisches Programm der nationalen Befreiung vorgelegt.

Nach Ausbruch des Krieges und besonders nach dem Überfall auf die Sowjetunion verstärkte sich die Tschechoslowakische Widerstandsbewegung. Auf Initiative der KPČ wurde bereits im Herbst 1941 zusammen mit bürgerlichen Kräften der Nationale Revolutionäre Zentralausschuss zur Leitung des Befreiungskampfes gebildet. Es entstanden die Partisanenabteilungen und die Nationalausschüsse als Führungsorgane der Widerstandsbewegung. Der gemeinsame Kampf gipfelte Anfang 1945 in der Bildung der Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken, die auf der Grundlage des Kosicer Programms vom 4.4.1945 tätig wurde. Von den 25 Ministern gehörten 8 zu den Kommunisten.

Der Widerstandskampf in Ungarn entwickelte sich unter äußerst komplizierten Bedingungen und konnte nicht das Ausmaß wie in den anderen okkupierten Ländern erreichen. Organisierte bewaffnete Aktionen fanden erst statt, nachdem die sowjetischen Truppen einen Teil des ungarischen Territoriums befreit hatten. Im April schlossen sich dann mit den Kommunisten die Partei der kleinen Landwirte und die Sozialdemokratische Partei sowie später die Nationale Bauernpartei zur Ungarnfront zusammen. In der Praxis verfolgten die Führer der Partei der kleinen Landwirte und der Sozialdemokraten aber weiter eine Politik des Abwartens und der Orientierung auf den Westen.

Unmittelbar nach dem Überfall auf die Sowjetunion forderte die Rumänische Kommunistische Partei am 6.09.1941 alle demokratisch und patriotisch gesinnten Kräfte auf, sich für die Freiheit und für die Wiedererlangung der nationalen Unabhängigkeit, für die Beendigung des Krieges gegen die UdSSR, für die Teilnahme Rumäniens am Krieg gegen den Faschismus, für die Einsetzung einer demokratischen Regierung usw. aus. Im Sommer 1943 wurde mit der Ausarbeitung der Pläne für einen bewaffneten Aufstand begonnen. Gleichzeitig wurde eine Vaterländische Front gegründet, die die spätere Abmachung mit dem Königshaus unterstützte und dann als demokratischer Block gegen die reaktionären Parteien auftrat.

In Bulgarien entwickelte sich bereits vor Beginn des zweiten Weltkrieges unter der Leitung Georgi Dimitrows eine zielstrebige Politik zur Verwirklichung der Beschlüsse des VII. Weltkongresses der

Komintern zur Schaffung der antifaschistischen Volksfront. Nach dem Überfall der Faschisten auf die UdSSR beschloss die Bulgarische Kommunistische Partei am 22.6.1941 Maßnahmen zur Vorbereitung des bewaffneten Kampfes. In der Folgezeit wurde auch die Vaterländische Front gegründet, deren Programm antifaschistische, antiimperialistische und demokratische Forderungen enthielt.

Am 6. April 1941 wurde Jugoslawien ohne Kriegserklärung vom faschistischen Deutschland, Italien und von Horthy-Ungarn überfallen, besetzt und zerstückelt. Die KP Jugoslawiens erwies sich als einzige Kraft, die in der Lage war, das Volk im Kampf gegen die Okkupanten zu führen und ihm eine klare Perspektive nationaler und sozialer Gerechtigkeit zu geben. Am 12. Juli 1941 rief die KPJ alle Völker Jugoslawiens auf, sich zum bewaffneten Aufstand gegen die Okkupanten zu erheben. Es wurde auf den Zusammenschluss aller an der Befreiung Jugoslawiens interessierten Kräfte zu einer antifaschistischen Volksbefreiungsbewegung aufgerufen, die unter der Führung der KPJ den aktiven Kampf gegen die Okkupanten und ihre einheimischen Helfer zur nationalen Befreiung führt.

In allen diesen Ländern – einschließlich Griechenland – hat sich entsprechend der Strategie der Kommunistischen Parteien im Verlauf des Befreiungskampfes die antifaschistische Volksbefreiungsbewegung als Bündnis aller patriotischen Kräfte herausgebildet. Die in der Komintern erarbeiteten gemeinsamen Positionen erwiesen sich als entscheidende Hilfe für die einheitliche Ausrichtung dieses Kampfes während des Krieges und in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre.

In der Regel gehörten diesen Bewegungen keine Vertreter der Bourgeoisie an. Erst 1944/Anfang 1945 traten ihnen einige Vertreter als Einzelpersonlichkeiten bei. Der Grund bestand vor allem darin, dass der größte Teil der Bourgeoisie durch direkte oder indirekte Zusammenarbeit mit den Okkupanten seine antinationale Haltung fortsetzte, um progressive sozial-ökonomische und politische Wandlungen zu verhindern.

### **Bewaffneter Kampf an der Seite der Sowjetunion**

Auf Initiative der Kommunistischen Parteien der an den Kämpfen teilnehmenden Staaten wurden bewaffnete Kräfte und reguläre Streitkräfte aufgestellt, die in engem Zusammenwirken mit der Sowjetarmee am Kampf gegen die Aggressoren teilnahmen.

Die UdSSR ermöglichte es, auf ihrem Territorium Truppenverbände aus einer Reihe späterer volksdemokratischer Länder aufzustellen. Sie bewaffnete diese Einheiten und bildete sie aus. Mehr als 20.000 sowjetische Offiziere traten auf Wunsch der Regierungen von Ländern Mittel- und Südosteuropas in deren Streitkräfte ein.

Im April 1944 formierte sich z.B. aus Anfang 1942 aufgestellten Truppen das 1. Tschechoslowakische Armeekorps. Es kämpfte im Bestand der 1. Ukrainischen Front der Sowjetarmee und umfasste bei Kriegsende 100 000 Mann. Die auf sowjetischem Territorium geschaffene 1. Polnische Armee kämpfte im Bestand der 1. Belorussischen Front und nahm mit 200 000 Mann auch an der Befreiung Berlins teil.

Auf sowjetischem Boden formierte sich auch die 1. Rumänische Freiwilligendivision. Nach der Befreiung Rumäniens am 23. August 1944 operierten die rumänischen Truppen bis zum 9. Mai im Bestand der 2. Ukrainischen Front.

Zum Kriegsende kämpfte die bulgarische Armee mit etwa 400.000 Mann an der Seite der Sowjetarmee. In den letzten Monaten des Krieges nahmen Tausende von ungarischen Freiwilligen an der Seite der Sowjettruppen an den Kämpfen teil. Die jugoslawische Befreiungsarmee verfügte bereits 1943 über 27 Divisionen und kämpfte an der Seite der Sowjetunion gegen die faschistischen Okkupanten und gegen die Verräter.

Umfangreich war das Zusammenwirken von Vertretern vieler Nationen in den Widerstandsbewegungen der verschiedenen Länder. Hier stärkte sich die internationale Solidarität in besonderer Weise. Die Kämpfe in der Widerstandsbewegung stärkten den Zusammenhalt und das gegenseitige Vertrauen der patriotischen Kräfte untereinander. Sie stärkten das Vertrauen zu

den Kommunisten, zu ihren konzeptionellen Leistungen. Der opferreiche Einsatz der Kommunisten erfuhr besonders hohe Wertschätzung. Alles zusammen schuf eine Atmosphäre, die sich bis weit in die Zeit nach der Befreiung positiv auswirkte. Diese und andere Faktoren ermöglichten, dass in den Ländern Ost- und Südosteuropas der Kampf der Völker gegen die faschistischen Okkupanten und gegen die Kollaborateure der eigenen herrschenden Klassen in volksdemokratische revolutionäre Umwandlungen hinüberwuchs. Aus dem antifaschistischen Kampf wuchs – auch unter günstigen internationalen Nachkriegsbedingungen - eine revolutionäre Welle hervor, die sich für die Wandlungen der Nachkriegsjahre bestimmend auswirkte.

Natürlich wurde dieser Kampf durch die Anwesenheit der sowjetischen Besatzungsmacht positiv beeinflusst. Aber die kommunistischen Parteien sind schon während des Krieges in die vorderste Linie des gesellschaftlichen Lebens gerückt, weil sie eine klare Strategie und Taktik besaßen und in der Praxis bewiesen haben, dass die Interessen des Volkes auch ihre Interessen sind. Auch in dieser Situation hat sich gezeigt, dass diese Faktoren wichtige Voraussetzung sind für das Entstehen einer revolutionär-demokratischen Bewegung und für ihr Hinüberwachsen auf den sozialistischen Weg.

#### Anmerkungen

\* Für die Donnerstag-Veranstaltung, die am 16.4.2020 nicht durchgeführt werden konnte, vorgesehener Einführungsvortrag

/1/ Carl Jentsch, Weder Kommunismus noch Kapitalismus, Leipzig 1893, S. 412

/2/ Wikipedia.org/Lebensraum

/3/ Der Nürnberger Prozess, Bd. II, Berlin 1960, S. 101/102

Prof. Dr. Siegfried Prokop

## Die Volkskammerwahlen am 18. März 1990 – Ursachen und Folgen\*

Das Schlüsseljahr 1989 ist verbunden, mit zwei Ereignissen für die nur schwer eine schlüssige Erklärung gefunden werden kann. Es sind dies:

1. Die Zeit der Sprachlosigkeit
2. Die Unfähigkeit der DDR, auf die Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ in Ungarn zu reagieren.

Zu 1. wird in der Regel Honeckers Krankheit angeführt und das Verabschieden von Egon Krenz in den Urlaub. Nichts wird zu der Tatsache gesagt, dass der selbstbewusste Günter Mittag als Vertreter von Erich Honecker ebenfalls erstaunlich stumm blieb und eher nicht agierte.

Zu 2. ist bekannt, dass auf die Ausstellung eines Weltpasses an die ungarischen Bürger und die Nichterneuerung des Grenzzaunes in Richtung Westen lediglich eine beiläufige Reaktion seitens des Außenministers Oskar Fischers erfolgte. Diese beschrieb Gyula Horn mit den Worten: „Fischer entsandte einen seiner Stellvertreter nach Budapest, der zunächst versuchte, uns durch unverhüllte Drohungen einzuschüchtern, dann jedoch kleinlaut und unverrichteter Dinge abziehen musste.“<sup>1</sup>

Auf den möglichen Hintergrund für dieses Verhalten wies jedoch Schalck-Golodkowski in seinen Erinnerungen hin. Er schrieb: „Seit zwei, drei Jahren war mir klar, dass die DDR unvermeidlich auf eine wirtschaftliche Konföderation mit der Bundesrepublik zusteuerte. Nur mit der westdeutschen Finanzkraft konnte die DDR erhalten bleiben. Wohl besser als die meisten meiner Genossen wusste ich aus Bonn, dass die finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung nur um den Preis tiefgreifender Veränderungen zu haben war. Noch hoffte ich, dass es nicht der Preis der Selbstaufgabe sein würde.“<sup>2</sup>

Schalck hatte seit 5. Dezember 1984 bis 1989 insgesamt 21 Begegnungen mit Wolfgang Schäuble. Dazu Schalck: „Schäuble wollte Probleme lösen, möglichst schnell und effizient: die Elbgränze, die Transitpauschale, die Elektrifizierung von Eisenbahntrasse, den Zustrom von Asylbewerbern nach West-Berlin und in die Bundesrepublik über die Hauptstadt der DDR und so fort.“<sup>3</sup> Wenige Tage vor dem Mauerfall war Schalck-Golodkowski in Bonn. Seinem Gesprächspartner Horst Teltschik bot er an, für einen Kredit von 13 Mrd. DM sofort die Mauer zu öffnen.<sup>4</sup>

Nach dem Sturz von Honecker war Schalck auf der Seite von Egon Krenz. Allerdings zweifelte er daran, dass es diesem noch gelingen werde, das Blatt zu wenden. An eine „Wende“ und an eine „Politik von Erneuerung und Kontinuität“ mochte er nicht recht glauben. Dazu Schalck wörtlich: „Während die Bonner mit mir über eine Konföderation redeten, hielt er (Egon Krenz - S.P.) am Führungsanspruch der SED fest.“<sup>5</sup>

Schalck saß bei dem ersten Telefongespräch von Egon Krenz und Helmut Kohl neben Krenz. Er stellte eine Zäsur fest. Bei diesem Telefongespräch sei etwas Entscheidendes geschehen. Schalck zitierte Kohl: „Es gibt in unseren Beziehungen eine Reihe von Grundfragen, wo wir aus prinzipiellen Gründen nicht einig sind und nie einig werden. Wir haben da zwei Möglichkeiten. Dass eine, das wir uns über diese Themen unterhalten und zu keinem Ergebnis kommen, das ist relativ fruchtlos oder aber – und das schätze ich sehr viel mehr, und das glaube ich, ist auch der

1 Gyula Horn: Freiheit die ich meine. Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete. Hamburg 1991, S.330.

2 Alexander Schalck-Golodkowski: Deutsch-deutsche Erinnerungen. Reinbeck bei Hamburg 2000, S. 322.

3 Schalck-Golodkowski, a.a.O., S.313.

4 Vgl. Ferdinand Kroh: Wendemanöver. Die geheimen Wege zur Wiedervereinigung. München Wien 2005, S. 231.

5 Schalck-Golodkowski, a.a.O., S.322.

richtige Weg -, dass man eben die gegenseitigen Ansichten respektiert und in allen Feldern, wo man vernünftig zusammenarbeiten kann, die Zusammenarbeit zum Wohle und im Interesse der Menschen sucht.“<sup>6</sup>

Das und nicht der 9. November war für Schalck die Schlüsselsituation. Das war die Wende! Krenz unterließ es, an die bisherigen Gespräche über eine wirtschaftliche Konföderation anzuknüpfen. Noch am selben Tag wurde ein Maßnahmenkatalog ausgearbeitet, um die von Kohl angesprochenen Punkte umzusetzen.<sup>7</sup> Schalck wörtlich: „Seit diesem Moment regierte die Bundesregierung die DDR mit.“<sup>8</sup>

Noch am 9. November, dem Tag der Maueröffnung, arbeitete Schalck bis in die Nacht hinein in der Redaktionskommission für das Aktionsprogramm mit. Er plädierte dafür, die Konföderation mit der Bundesrepublik anzustreben. Dieser Vorschlag brachte ihm den Vorwurf ein, ein „Verräter“ zu sein. Krenz begnügte sich mit „aktionistischen Maßnahmen zur Schadensbegrenzung“<sup>9</sup>.

Er sah die Problematik einer Konföderation mit der Bundesrepublik gänzlich anders als Schalck, wie das seine Publikationen zeigen und wie ich aus mehreren Diskussionen mit ihm weiß. Offenbar war er über die Gespräche Schalck und Schäuble nicht informiert, wie auch ein Bericht im „MERIAN“ belegt: „Schäuble war Kanzleramtsminister und traf sich über fünf Jahre ebenso regelmäßig wie geheim mit DDR-Unterhändler Alexander Schalck-Golodkowski. Nur Kohl und Honecker wussten davon ...“<sup>10</sup>

Ich hatte Alfred Neumann 1993 gefragt, ob Honecker eine konföderative Lösung mit der Bundesrepublik angestrebt habe. Neumann antwortete: „Er hat offensichtlich solche Dinge eingeleitet ... Er hätte darüber im Politbüro sprechen müssen: ‚Genossen, die Lage ist kompliziert. Wir müssen überlegen, wie wir da herauskommen?‘ Dann wäre Zeit gewesen, etwas zu unternehmen. Aber er hat die Dinge gegen den Baum fahren lassen. Aber wenn man konsequent denkt, ich will Krenz nicht unter Denkmalschutz stellen, dann ist die Linie, Krenz im Sommer 1989 wegzunehmen und Mittag gewissermaßen auf die Funktion eines Generalsekretärs zu befördern, nur konsequent gewesen. Warum gerade Mittag? Nun sage ich es doch. Die Überlegung lautete: Honecker bleibt Staatsratsvorsitzender und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates und Mittag wird Generalsekretär. Ein Staatsstreich von oben.“

Darauf antwortete ich: „Honecker muß daran gedacht haben, die DDR zu übergeben.“ Neumann antwortete: „Das war die Absicht.“<sup>11</sup> Was Neumann noch als Vorwurf an Honecker wertete, kann bei nüchterner Prüfung auch anders beurteilt werden. Für Honecker war vermutlich das konföderative deutsch-deutsche Projekt erstrebenswerter als ein kruder Zusammenbruch oder eine feindliche Übernahme der DDR. Offenbar erfasste Egon Krenz den Ernst der Lage im Oktober 1989 nicht in vollem Umfang, weder die Situation der DDR noch die der Sowjetunion. Diese Nichtwahrnehmung der Realitäten aber musste Konsequenzen haben.

Schalck verfügte über einen sechsten Sinn für die qualitative Veränderung der Lage ab Anfang November 1989. Er schrieb: „Am 6. (November –S.P.) sollte ich einen Besuch von Rudolf Seiters bei Außenminister Oskar Fischer und Egon Krenz vorbereiten. In Ost-Berlin bemühten wir uns

6 Schalck-Golodkowski, a.a.O., S. 325. Das Gespräch wurde vollständig dokumentiert vgl. Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“. Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89. Berlin 1995, S. 180-186. Der von Schalck zitierte Text befindet sich auf S. 184.

7 Vgl. Maßnahmenkatalog von Alexander Schalck nach dem Telefonat von Egon Krenz mit Helmut Kohl vom 26. Oktober 1989, in: Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen 1987-1990. Berlin 1996, S. 223-227.

8 Schalck-Golodkowski, a.a.O., S. 326.

9 Ebenda, S.328.

10 25 Jahre nach dem Mauerfall. Wolfgang Schäuble – Architekt der Wiedervereinigung, in: MERIAN, Hamburg 2019.

11 Poltergeist im Politbüro. Siegfried Prokop im Gespräch mit Alfred Neumann. Frankfurt/Oder 1996, S. 286.

noch um die Rettung des Systems. In Bonn begann die Bundesregierung damit, uns vorzuschreiben, was zu tun war. Zwar sprach Seiters noch im herkömmlichen Stil mit mir über die ‚ersten Konturen eines Reisefonds‘. Doch Wolfgang Schäuble stimmte neue Töne an. Freundlich, aber unmissverständlich machte er deutlich, dass eine finanzielle Unterstützung von der Zulassung oppositioneller Gruppen und der Zulassung freier Wahlen abhängt. Die SED solle ihren Führungsanspruch aufgeben und Artikel 1 der DDR-Verfassung entsprechend ändern.“<sup>12</sup>

Zur Bewertung fügte Schalck hinzu: „Diplomatisch gesehen war das eine Ungeheuerlichkeit- eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR. Historisch war es konsequent. Für die Bundesrepublik gab es keine inneren Angelegenheiten der DDR mehr. Durch die politischen Erschütterungen und die verzweifelte wirtschaftliche Lage der DDR – ich hatte einen Kreditbedarf in Höhe von 10 Milliarden DM ins Gespräch gebracht – waren die inneren Angelegenheiten der DDR zu innerdeutschen geworden. Spätestens am 9. November wurde das dann auch für alle Welt sichtbar.“<sup>13</sup>

Bis heute wird allgemein angenommen, dass die Maueröffnung das zufällige Ergebnis einer Dummheit von Günter Schabowski war. Als Ereignis passt sie jedoch logisch in die veränderte Politik des Westens seit Anfang November 1989, weshalb zu fragen ist, ob der Mauerfall nicht auch das Ergebnis zielstrebigener Planung gewesen sein könnte?<sup>14</sup> In diesem Zusammenhang fragte Michael Wolski danach, warum der amerikanische Präsident Bush sen. 1989 den „Fachmann für Regime-Change“, Vernon A. Walters, als Botschafter nach Bonn schickte.<sup>15</sup> Als Partner für die Kommunikation mit der sowjetischen Regierung wurde Semjonow als Sonderbotschafter nach Köln geschickt. Daran knüpft Wolski die Frage: „Semjonow, der von den Kollegen im Außenministerium schon seit den fünfziger Jahren den Spitznamen ‚Experte für die Okkupationspraxis‘ verliehen bekommen hatte, dürfte mit dem ‚Chefspezialisten des Pentagon für Militärputsche‘ die Bedingungen für die Übergabe der DDR ausgehandelt haben. Haben danach beide am Fahrplan für die deutsche Einheit mitgeschrieben?“<sup>16</sup>

Am Tage nach der Mauer-Öffnung sagte UdSSR-Botschafter Kotschemassow zu Egon Krenz: „Bedenken Sie aber bitte auch, dass ich zwar der sowjetische Botschafter bin, es gibt aber noch andere sowjetische Institutionen in der DDR, über die ich nicht Bescheid weiß.“<sup>17</sup> Angespielt wurde hier offenbar auf das Wirken der geheimen KGB-Residentur, die Gruppe „Lutsch“ (russisch: Strahl), über deren Wirken in der DDR bisher nur Marginalien bekannt sind.<sup>18</sup>

Zu fragen ist auch, an welcher Stelle im Herbst 1989 eine „friedliche Revolution“ zu verorten wäre? Ein überlegenswertes Diskussionsangebot hierzu unterbreitete Dieter Schiller: „Zunächst stehe ich dem Begriff der ‚revolutionären Umwälzungen‘ höchst skeptisch gegenüber. Die Hauptbewegung innerhalb der DDR von 1989 war die Abstimmung mit den Füßen und die war nicht revolutionär. Demgegenüber war die basisdemokratische Bewegung mit dem Ziel einer revolutionären Erneuerung des Sozialismus immer eine schmale Minderheit und wurde nach der Wende faktisch schon im Keim erstickt. Sie war – auf Grund des brüchig gewordenen Regimes – die Initialzündung für die bedingungslose Kapitulation der Führungselite der DDR und die Rückkehr zu kapitalistischen Verhältnissen. Der Übergang von der selbstbewussten Losung ‚Wir sind das Volk‘

12 Schalck-Golodkowski, a.a.O., S326f.

13 Ebenda.

14 Vgl. Michael Wolski: 1989. Mauerfall Berlin Zufall oder Planung? Amazon 2019.

15 Dazu ausführlich: Vernon A. Walters: Die Vereinigung war voraussehbar. Hinter den Kulissen eines entscheidenden Jahres. Die Aufzeichnungen des amerikanischen Botschafters. Berlin 1994. -Klaus Eichner/Ernst Langrock: Der Drahtzieher. Vernon Walters-Ein Geheimdienstgeneral des Kalten Krieges. Berlin 2005.

16 Schalck-Golodkowski, a.a.O., S,138.

17 Egon Krenz weiß, wie die Mauer fiel und schweigt

<https://de.sputniknews.com/gesellschaft/20190713325428773-krenz-ueber-1989/>

18 Vgl. Ralf Georg Reuth/Andreas Bönke: Das Komplott. Wie es wirklich zur deutschen Einheit kam. München 1993, S.210-214.

zum anpasserischen und nationalistischen Slogan „Wir sind ein Volk“ ist Symbol der Selbstaufgabe und der Unterwerfung einer Mehrheit, die ganz zweifellos weniger demokratisch als durch medienpolitische Manipulation zustande gekommen war.“<sup>19</sup>

Man wird Schiller vor allem dann zustimmen können, wenn man den von ihm verwendeten Begriff Wende im Sinne Schalck-Golodkowskis interpretiert. Wie klein das Zeitfenster für die revolutionäre Bewegung für die Erneuerung des Sozialismus war, wird dabei ebenso klar.

Mit der Maueröffnung war eine Entscheidung von strategischer Bedeutung gefallen. Am 9. November beschloss die Plenartagung des ZK der SED, Hans Modrow als Vorsitzenden des Ministerrates zu empfehlen. Am 13. November wurde Modrow Ministerpräsident der DDR und von der Volkskammer mit der Regierungsbildung beauftragt, die auf der Basis einer Koalition aller Parteien erfolgte. Die Modrow-Regierung wollte eine Regierung der Koalition, eines neu verstandenen kreativen Bündnisses sein.

In seiner Regierungserklärung vom 17. November 1989 orientierte er auf eine Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft. Was darunter zu verstehen sei, definierte Modrow wie folgt: „Ein besserer Sozialismus - das müssen Chancen für alle sein, sich ein Leben zu schaffen, das bunt und inhaltsreich ist, Individualität aufleben lässt und Kameradschaft im Kollektiv ermöglicht, statt dass der eine des anderen Deibel ist.“<sup>20</sup>

Das in den vergangenen Jahrzehnten Geschaffene sollte nicht in den Rauch geschrieben werden. Im Gegenteil – diese Substanz, das große Eigentum des Volkes in der Industrie wie in den anderen Wirtschaftsbereichen sollte genutzt und leistungsfähiger gemacht werden. Kritisch beurteilte Modrow die Defizite in der Volkswirtschaft. Die für 1986 bis 1990 geplanten Produktionsleistungen blieben hinter den Zielen erheblich zurück – ebenso die vorgesehenen Einnahmen des Staatshaushalts. Das Verhältnis von Kaufkraft und absetzbaren Warenfonds hatte sich ständig verschlechtert. Durch die fortgesetzte Aufnahme von Krediten bei Banken kapitalistischer Länder wurde über die Verhältnisse der DDR disponiert. Das hatte negative Auswirkungen auf die Investitionsmöglichkeiten.

Das Volk habe dies erkannt. Hunderttausende, ja Millionen seien aufgebrochen. Das Volk würde jeden beiseite fegen, der eine Wiederherstellung alter Verhältnisse zu versuchen wagte. Modrow stellte sich auf die Realitäten ein. Wjatscheslaw Kotschemassow bewerte Modrows Politik wie folgt: „Konsolidierung aller politischen Kräfte auf der gemeinsamen Plattform der Stabilisierung der DDR. Es ging um das Funktionieren der Wirtschaft, den Schutz der Bürger der Republik, die Ausarbeitung von Lösungen in der nationalen Politik sowie deren inneren und äußeren Aspekte.“<sup>21</sup>

Hinsichtlich der Wahlen traf Modrow in seiner Regierungserklärung lediglich die Aussage, dass „mit den nächsten Wahlen die Anzahl hauptamtlicher Ratsmitglieder zu verringern“<sup>22</sup> sei. Der Ausbau des sozialistischen Rechtsstaates sei von hohem politischem Rang. Die Regierung gehe in ihrem Rechtsstaatsverständnis davon aus, dass den Bürgern alles erlaubt sein muss, was nicht ausdrücklich untersagt ist. Die Vorbereitung eines Gesetzes über die Vereinigungsfreiheit und eines Gesetzes über die Versammlungsfreiheit wurde angekündigt. Auch der Wehrersatzdienst und das Verwaltungsverfahren werde gesetzlich geregelt.

Die DDR und die Bundesrepublik könnten ein Beispiel für kooperative Koexistenz schaffen, indem die Verantwortungsgemeinschaft durch eine Vertragsgemeinschaft untersetzt werde. So könnten

19 Leonore Krenzlin&Dieter Schiller: Rückblicke auf ein verlorenes Land. Studien und Skizzen zur Literatur der DDR. Gransee 2019, S.521.

20 Hans Modrow: Regierungserklärung am 17.11.1989, in: Glasnost-archiv. Quellen zur Geschichte. Neues Deutschland, 18./19.11.1989.

21 Wjatscheslaw Kotschemassow: Meine letzte Mission. Fakten Erinnerungen Überlegungen. Berlin 1994, S. 182.

22 Hans Modrow: Regierungserklärung, a.a.O.

beide deutsche Staaten wichtige Pfeiler für den Bau und die Ausgestaltung des europäischen Hauses werden.

In seinem „Zehn-Punkte-Plan“ griff Helmut Kohl den Begriff der „Vertragsgemeinschaft“<sup>23</sup> auf und orientierte auf den nächsten Schritt, wenn er von „konföderativen Strukturen“ sprach und im Punkt 10 vorsichtig bereits die „deutsche Einheit“ als Fernziel ansprach.

Am 7. Dezember trafen sich in Berlin Vertreter der DDR-Regierung, der Massenorganisationen, der Blockparteien, der Bürgerbewegung und der Kirchen zum zentralen „Runden Tisch“. In der ersten Sitzung wurde der Beschluss gefasst, die erste freie Volkskammerwahl abzuhalten und eine neue DDR-Verfassung auszuarbeiten. Zudem forderte die Opposition, das Amt für Nationale Sicherheit aufzulösen.<sup>24</sup>

Die Regierung Modrow, die im November 1989 mit Reformabsichten angetreten war, hatte für deren Verwirklichung nicht die notwendige Zeitspanne zur Verfügung. Sie nutzte aber ihre Möglichkeiten für die Sicherung von Lebensinteressen der DDR-Bürger, die bis heute unter dem Namen „Modrow-Gesetz“ bzw. „Modrow-Gesetze“ bekannt sind und die ein Ruhmeszeichen der Regierung Modrow werden sollten. Was es damit auf sich hat, wird auch in dem Buch von Thorsten Purps „Vom Staat enterbt. Die Bodereformaffäre – eine Skandalchronik aus dem Land Brandenburg“ belegt.

Die seit Oktober 1989 in der DDR bestehende revolutionäre Situation neigte sich mit der zweiten Hälfte des Januar 1990 dem Ende zu. Eckhard Müller-Mertens schreibt darüber treffend: „Auch der letzte große Konflikt zwischen den organisierten oppositionellen Kräften und der Regierung von SED/PDS und Blockparteien führte zu keinen eine Machtergreifung, einen Machtwechsel vollziehenden revolutionären Akten. Das Ultimatum der Opposition am Runden Tisch vom 8. Januar, die Demonstrationen vor der Volkskammer vom 11./12. Januar und die kurzfristige Besetzung der Stasi-Zentrale in der Normannenstraße am 15. Januar können nicht als solche qualifiziert werden. Unter diesen Bedingungen und in diesen Umständen kann in der DDR nicht mehr von einer revolutionären Situation die Rede sein.“<sup>25</sup> Am 1. Februar 1990 unterbreitete Ministerpräsident Hans Modrow, der Positionierung von Michail Gorbatschow folgend, den Vorschlag für eine Vereinigung „Für Deutschland, einig Vaterland“. Damit warf die Regierung Modrow, den übermächtigen Realitäten Rechnung tragend, das Handtuch. Sie hatte es nicht vermocht, ihr Reformprogramm für eine erneuerte DDR zum Erfolg zu führen.

Am 20. Februar 1990 beschloss die Volkskammer das „Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 18. März 1990.“<sup>26</sup> Damit erfolgte endgültig die Weichenstellung in Richtung Kapitulation der DDR vor der Bundesrepublik. In diesem Zusammenhang war es wichtig, dass die SED sich zur SED/PDS und schließlich zur PDS transformierte. In einem langen und schwierigen Prozess sicherte sie der PDS einen festen Platz im Parteiensystem der Bundesrepublik.

Die Einsetzung einer Zentralen Schiedskommission anstelle einer Parteikontrollkommission signalisierte den Bruch mit den bisherigen stalinistischen Prinzipien der Parteigerichtsbarkeit. Die Auseinandersetzung mit den Vertretern der alten Parteiführung gehörte zu den erstrangigen Aufgaben der Schiedskommission. Folgende ehemalige Mitglieder bzw. Kandidaten des SED-Politbüros wurden am 20./21. Januar 1990 angehört: Hans-Joachim Böhme, Horst Dohlus, Kurt Hager, Joachim Herrmann, Werner Jarowinsky, Egon Krenz, Heinz Keßler, Inge Lange, Siegfried Lorenz, Erich Mückenberger, Margarete Müller, Alfred Neumann, Günter Schabowski, Gerhard

23 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kohls-zehn-punkte-plan-354022>.

24 SAPMO-BArch, DA 3/1, B12.

25 Eckehard Müller-Mertens: Politische Wende und deutsche Einheit. Fixierung und Reflektion der Ereignisse 1989/90. Berlin 1997, S.30.

26 GBl. DDR I Nr.9, S.60

Schürer und Werner Walde. Herrmann Axen und Werner Eberlein waren erkrankt. Mit Ausnahme von Werner Eberlein und Siegfried Lorenz wurden alle anderen aus der Partei ausgeschlossen. Hermann Axen starb vor Abschluss des Verfahrens. Zuvor waren bereits Günter Mittag im November 1989 durch die Zentrale Parteikontrollkommission und acht weitere ehemalige Politbüromitglieder am 3. Dezember 1989 durch Beschluss der 12. ZK-Tagung aus der SED ausgeschlossen worden.<sup>27</sup>

Am 18. März 1990 fanden die Wahlen zur Volkskammer, dem Parlament der DDR, statt. Obwohl der „Runde Tisch“ sich jegliche Intervention und Einmischung in den Wahlkampf verboten hatte, trat Helmut Kohl auf sechs Großkundgebungen in der DDR auf. Bürgerrechtler Jens Reich erklärte hierzu: „Das Bonner Nilpferd ist in einer Massivität gekommen, dass man einfach hilflos war. Im Wahlkampf ist einfach der gesamte Apparatismus des Westens in den Osten gebracht worden. Dem hatten wir nichts entgegensetzen. Das waren in die DDR exportierte Westwahlen.“<sup>28</sup>

Die Wahlbeteiligung war mit 93,4 Prozent außergewöhnlich hoch.

Mit 48 Prozent konnte die konservative „Allianz für Deutschland“ die Wahl für sich entscheiden. Dieser Wahlsieg kam für die Öffentlichkeit überraschend. Allgemein war damit gerechnet worden, dass die Wähler die SPD zur stärksten parlamentarischen Kraft machen würden. Die „Allianz für Deutschland“ hatte sich erst am 5. Februar als Wahlbündnis der ostdeutschen CDU, des Demokratischen Aufbruchs (DA) und der Deutschen Sozialen Union (DSU) bei starker Unterstützung seitens der CDU/CSU aus Westdeutschland konstituiert. Die „Allianz“ trat für den schnellen Weg zur deutschen Wiedervereinigung ein. Sie warb mit der Parole „Freiheit und Wohlstand - nie wieder Sozialismus“ um Stimmen.

Mit nur 21,9 Prozent der Stimmen folgte die SPD auf dem zweiten Platz. Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) erhielt 16,4 Prozent der Stimmen. Sie stellte in der neuen Volkskammer die drittstärkste Fraktion und hatte damit einen festen Platz in der nunmehr parlamentarischen Demokratie. „Bündnis 90“ erreichte nur 2,9 Prozent der Stimmen.

Offensichtlich war, dass die „freien Wahlen“ den Weg zur Restauration kapitalistischer Verhältnisse ebneten. Ende April 1990 wurde die Einführung der Währungsunion zum 1. Juli 1990 vereinbart. Ende August folgte der „Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands“. Am 3. Oktober 1990 traten die fünf Länder der DDR der Bundesrepublik und dem Geltungsbereich des Grundgesetzes bei. Der gesamte Prozess verlief friedlich, was als Verdienst aller DDR-Bürger zu würdigen ist. Die Herstellung der deutschen Einheit in der Form des „Beitritts“ war eine besonders zynische Form des Anschlusses, den die große Mehrheit der DDR-Bürger nie gewollt hatte.

Anmerkung:

\* Für die Donnerstag-Veranstaltung, die am 19.3.2020 nicht durchgeführt werden konnte, vorgesehener Einführungsvortrag

<sup>27</sup> Vgl. Gerd-Rüdiger Stephan/Detlef Nakath (Hrsg.): Ausschluss. Das Politbüro vor dem Parteigericht. Die Verfahren 1989/1990 in Protokollen und Dokumenten. Mit einem Geleitwort von Dagmar Enkelmann sowie Beiträgen von Michael Herms, Volkmar Schöneburg und Tom Strohschneider. Redaktionelle Mitarbeit: Christine Krauss. Dietz Berlin 2020.

<sup>28</sup> Jens Reich: Politik ist nicht mein Beruf. FOCUS-Online Special, 20 Jahre Wende, 4.11.2009.

**Zur Gestaltung der Tätigkeit des *Marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE* im Jahre 2021**

So lange durch das Andauern der Coronapandemie die Bedingungen für unsere üblichen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen nicht gegeben sind, werden wir für unser Anliegen (nach Möglichkeit verstärkt) die *Geschichtskorrespondenz* nutzen. Über Veränderungen werden wir rechtzeitig informieren (Geschichtskorrespondenz, *neues deutschland*, *junge Welt*)

**Kontaktadressen:**

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin  
Tel. 030-65 970 79

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin  
Tel. 030-98 665 74